

Umverteilung nach oben stoppen

Immobilienfirmen jagen Immer höheren Renditen nach, viele Menschen In der Schweiz finden deshalb keine bezahlbare Wohnung. Die Initiative „Mehr bezahlbare Wohnungen“ will mit der Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus dafür sorgen, dass künftig mehr Wohnungen der Spekulation entzogen werden. Abstimmung am 9. Februar 2020.

Seit Jahren steigen die Mietpreise, die Immobilienfirmen bereichern sich. „Diese Abstimmung ist wegweisend für die Zukunft der Schweizer Wohnpolitik“, erklärt Carlo Sommaruga, Präsident des Mieterinnen- und Mieterverbands Schweiz (MV). Seit 2005 sind die Mieten um fast 19 Prozent angestiegen. emtgegen verschiedener Meldungen gibt es in der Schweiz bis heute keine Entspannung bei den Mieten. „Schuld daran sind die Immobilien-Spekulanten, welche ohne Skrupel immer höhere Renditen erzielen. Die Initiative will diese fatale Entwicklung stoppen, indem der gemeinnützige Wohnungsbau gefördert wird.“

Gemäss Louis Schelbert, Präsident der Wohnbaugenossenschaften Schweiz, löst der Markt die Probleme nicht: „Im Gegenteil, er ist Teil des Problems. Eine Lösung bietet hingegen die Initiative. Denn Gemeinnützigkeit heisst: nicht gewinnstrebig. Dank der Kostenmiete sind gemeinnützige Wohnungen im Schnitt rund 20 Prozent günstiger als konventionelle Mietwohnungen. Die günstigen Genossenschaftswohnungen dämpfen zudem die Mietpreisentwicklung in ihrer Umgebung.“

Wohnungen für den Mittelstand

„Viele Haushaltsbudgets sind durch die hohen Mieten stark belastet. Die Miete ist mit Abstand der grösste Ausgabenposten“, sagt Marina Carobbio, Ständerätin der SP. Besonders betroffen sind Familien, SeniorInnen, junge Menschen und solche mit einem tiefen oder mittleren Einkommen. Mit der Umsetzung der Initiative sollen mehr bezahlbare Wohnungen entstehen, gerade auch für den Mittelstand.

Die Initiative ist laut Initiativkomitee auch im Interesse des Umweltschutzes, BewohnerInnen von Wohnbaugenossenschaften verbrauchen im Schnitt weniger Wohnfläche und tragen somit zu einem haushälterischen Umgang mit dem Boden bei. „Die Initiative sorgt auch dafür, dass die dringend notwendigen energetischen Sanierungen, die in den nächsten Jahren auf uns zukommen werden, sozialverträglich umgesetzt werden können und nicht zu Mietexplosionen führen“, erklärt Regula Rytz, Präsidentin der Grünen Schweiz.

Umverteilung nach oben

„Die Mieten stiegen in den letzten Jahren viel stärker als die Reallöhne. Die Kaufkraft des Mittelstands leidet extrem. Zu Recht bekämpft die Initiative diese Entwicklung“, sagte Pierre- Yves Maillard, Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds. Während einige AnlegerInnen sehr hohe Rendite erzielten, zahlten die meisten immer mehr, diese Umverteilung nach oben in Milliardenhöhe müsse gestoppt werden, so Maillard. „Wir als HauseigentümerInnen sehen im gemeinnützigen Wohnungsbau keine Bedrohung, sondern eine notwendige Ergänzung“, erklärt die Präsidentin des Hauseigentümergebietes Casafair, Claudia Friedl: „Denn wegen des überhitzten Wohnungsmarkts können sich immer weniger Menschen selbstbewohntes Wohneigentum leisten. Das kommt daher, dass Boden und Liegenschaften zu den begehrtesten Spekulations- und Renditemaximierungsobjekten geworden sind.“

Lanciert wird die Eidgenössische Volksinitiative von der Allianz „Mehr bezahlbare Wohnungen“. Zu ihr gehören der Mieterinnen- und Mieterverband Schweiz, die Wohnbaugenossenschaften Schweiz, der Verband Casafair, der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB), die Parteien Grüne/Junge Grüne und SP/JUSO, der Verein zur Verteidigung der Rechte der RentnerInnen (Avivo), die Vereinigung aktiver SeniorInnen- und Selbsthilfeorganisationen der Schweiz (Vasos), der Verband der Schweizer Studierendenschaften (VSS) sowie der Berufsverband Soziale Arbeit Schweiz (AvenirSocial) und die Heilsarmee Schweiz. Die Partei der Arbeit der Schweiz (PdAS) empfiehlt ein „Ja“ einzulegen.

Quelle: Mieterverband.

Vorwärts, 31.1.2020.

Vorwärts > Wohnungsmieten. Abstimmung. Vorwaerts, 2020-01-31